

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 127. Ratssitzung vom 6. Januar 2021

3428. 2020/162

Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Andreas Egli (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 06.05.2020:

Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die besonders unter der Corona-Krise leiden, mit Mitteln der ZKB-Jubiläumsdividende oder aus der ordentlichen Gewinnausschüttung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2421/2020):** Es ist noch nicht klar, welche weiteren finanziellen Auswirkungen die Corona-Krise auf die Stadt haben wird. Klar ist, dass die Auswirkungen gross sein werden, sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen. Der Vorstoss will die 13,6 Millionen Franken der ZKB-Jubiläumsdividende sinnvoll und zur Rettung von Arbeitsplätzen in stark betroffenen Unternehmen einsetzen. Die Stadt hat vor, in einem Ideenwettbewerb Ideen für «Nice-to-haves» zu suchen. Es ergibt keinen Sinn, in der heutigen Zeit Gelder an Empfänger auszuschütten, die das Geld nicht erwarten, während das Geld an anderen Orten fehlt. Die Wirtschaft braucht jetzt jede Unterstützung bei der Bewältigung dieser Krise. Auch mit dem heutigen Härtefallprogramm von Bund und Kanton gibt es zahlreiche KMU, die durch die Maschen fallen. Als Härtefall gilt nur, wer nach Ausrechnung der Kurzarbeit 50 Prozent Umsatzverlust erlitt. Das ist kein Härtefallprogramm, sondern ein Härtestfallprogramm. Die Mittelverwendung gemäss unserem Postulat widerspricht nicht der ursprünglichen Absicht der ZKB, sonst hätte der Stadtrat nicht vorschlagen können, die Hälfte der Mittel zur Milderung der Corona-Folgen einzusetzen. Die offensichtlich klar ausgewiesene Dringlichkeit wurde beim Einreichen von der linken Ratsmehrheit aus rein politischen Gründen nicht unterstützt. Das geschah notabene von einer linken Ratsmehrheit, die sich nun gewerbefreundlich darstellen will. Seither ist viel Zeit verstrichen. Zum Glück nutzte der Stadtrat die Zeit, um das Anliegen des Postulats in eine Weisung zu packen. Er will immerhin die Hälfte der ZKB-Jubiläumsdividende für die Behebung der Corona-Schäden einsetzen. Damit rennen wir mit unserem Vorstoss offene Türen ein. Wir sind dem Stadtrat dankbar dafür, hätten uns aber gewünscht, dass er das ganze Geld dafür einsetzt. Für «Nice-to-haves» ist momentan ein schlechter Moment. Jetzt liegt es an den übrigen Parteien, wo sie ihre Prioritäten setzen wollen. Denn für jedes «Nice-to-have» haben wir im Moment keine Mittel. Wir bitten darum den Rat, unseren Vorstoss zur Unterstützung der in Not geratenen Unternehmen und Arbeitsplätze zu unterstützen. Der Textänderungsantrag der SP ist typisch für ihr finanzpolitisches Verständnis. Sie sagen, wofür Geld ausgegeben werden soll, drückt sich jedoch elegant davor, woher diese Mittel kommen sollen. Ehrlicher wäre es, im Textänderungsantrag die Steuerzahler anstelle der ZKB zu erwähnen. Die Steuerzahler werden in den nächsten Jahren bereits genügend für Corona bluten. Aufgrund der verschiedenen neuen Finanzflüsse des Kantons an die Gemeinden kommt der Kanton unter*

Druck und muss eventuell seine Steuern erhöhen. Entsprechend könnten und müssten Gemeindesteuern gesenkt werden, um die Gesamtbelastung der Bevölkerung und Wirtschaft in der grössten Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg nicht weiter anzuhetzen. Wenn wie durch die SP sorglos mit den von uns anvertrauten Steuermitteln umgegangen wird, wird das nicht möglich sein. Damit werden dem System Mittel entnommen. Was mit der Textänderung der SP wohlwütig daher kommt, zieht man den gleichen Kreisen im Anschluss wieder aus dem Sack. Das ist unehrliche Finanzpolitik. Darum lehnen wir den Textänderungsantrag ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Der Stadtrat lehnt das Postulat ab, weil unnötig zwei Dinge gegeneinander ausgespielt werden. Der Stadtrat konnte beweisen, dass er auf Stadtebene das Mögliche und Nötige tut, um das Gewerbe, die kleinen Betriebe und auch die Mitarbeitenden zu unterstützen. Das oppositionslos überwiesene Postulat zur Basler Lösung bei den Gewerbemieten ist ein Beispiel dafür. Das ist nicht das Problem. Ansonsten hätte meine Vorrednerin verdeutlichen müssen, was die Stadt noch tun muss. Selbst dann muss ich sagen, dass die Finanzen nicht das Problem sind. Der Stadtrat wollte als politisches Zeichen die Mittel halbieren. Die andere Hälfte fliesst nicht direkt ins Gewerbe, sondern in die allgemeine Stadtkasse zurück. Dort erfüllt sie vielfältige Aufgaben. Bezeichnend fand ich, dass Yasmine Bourgeois (FDP) argumentierte, dass nun nicht die Zeit für «Nice-to-haves» sei. Die Hälfte der Mittel beantragen wir für Klimaprojekte. Es ist also die Beurteilung der FDP, die unter nationaler Anteilnahme sich zu einer Grünpartei umzufunktionieren versuchte, dass Klimaprojekte «Nice-to-haves» seien. Der Stadtrat ist der Meinung, dass es jetzt auch die richtige Zeit dafür ist, voraus zu schauen. Es gibt ein Leben nach Corona. Sie werden darüber befinden, aber wir wollen, dass die Mittel einerseits für Klimaprojekte und andererseits für Projekte von Jungen eingesetzt werden, die häufig nicht wie die gut vernetzten Erwachsenen auf Geldtöpfe zurückgreifen können. Mit dem Postulat würde ein falsches Zeichen gesetzt.*

Weitere Wortmeldungen:

Michael Schmid (FDP): *Ich verstehe, dass STR Daniel Leupi in den Reflex verfällt, dass uns nicht zugetraut wird, dass wir uns ernsthaft fürs Klima einsetzen. Aber fair ist es nicht. Es geht darum, dass die Projekte, wie sie der Stadtrat aufgleiste, im Moment nicht gebraucht werden. Wir müssen die Mittel anders einsetzen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.*

Florian Utz (SP): *Die SP ist selbstverständlich immer für die Unterstützung des Gewerbes, was wir hinlänglich bewiesen. Ich erinnere an die Budgetdebatte, während der wir zusammen mit der EVP die einzige Partei im Rat waren, die alle Anträge zur Unterstützung des Gewerbes unterstützten. Auch heute unterstützen wir sehr gerne das Gewerbe. Das wollen wir zielgerichtet tun und darum wollen wir mit einer Textänderung beantragen, dass der Teil gestrichen wird, wonach die Mittel aus der Jubiläumsdividende kommen müssen. Dann ist die Forderung des Postulats, dass die Stadt das Gewerbe unterstützen soll, sodass Arbeitsplätze erhalten bleiben können. Mit der Textänderung*



3 / 3

würden wir gerne zustimmen. Ohne die Textänderung ist das Postulat aus unserer Sicht nicht sinnvoll. Es ist demokratiepolitisch nicht sinnvoll, weil der Stadtrat eine Weisung mit Vorschlägen vorlegen wird, wie die Jubiläumsdividende verwendet werden soll. Wenn wir die Mittel bereits heute ausgeben, dann lässt sich nicht mehr sinnvoll über die Weisung entscheiden. Man kann argumentieren, dass die Weisung das Postulat übersteuern würde, aber dann ist es auch gewerbepolitisch nicht sinnvoll. Denn dann wird gesagt, dass das Gewerbe unterstützt werden soll, jedoch nur mit Mitteln, die bereits weitgehend für einen anderen Zweck verbraucht wurden. Wir müssen das Gewerbe so massiv unterstützen, wie es für das Gewerbe erforderlich ist. Dieser Rahmen ist grösser als die Mittel, die nach der Weisung GR Nr. 2020/464 verbleiben. Falls die Weisung angenommen wird, verbleiben noch rund 6,5 Millionen Franken, die verwendet werden können. Bereits mit dem Budget haben wir 17 Millionen Franken gesprochen. Hätte die FDP mitgemacht fürs Gewerbe und sich nicht überall enthalten, wären es 24 Millionen Franken gewesen. Auch die 17 Millionen sind bereits deutlich mehr als im Postulat vorgeschlagen. Ohne unsere Textänderung ist das Postulat wirkungslos. Auch nicht sinnvoll ist, wenn das Gewerbe gegen Projekte für Kinder und Jugendliche und gegen Projekte für Klima und Umwelt ausgespielt wird. Wir müssen das Gewerbe unterstützen, weil es das verdient.

Das Postulat wird mit 52 gegen 66 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat